



Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien  
der SPD-Bundestagsfraktion

---

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
**Jakob-Kaiser-Haus**  
**Raum 1351**  
Telefon 030 227 – 77 654  
Fax 030 227 – 76 654  
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

**Wahlkreis**  
Hopfenstraße 4  
47441 Moers  
Telefon 02841 9980599  
Fax 02841 9980588  
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

**Wahlkreis**  
Südwall 38  
47798 Krefeld  
Telefon 02151 319650  
Fax 02151 8207611  
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 24. März 2010

---

## Bericht aus Berlin 05/2010

### I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

CDU, CSU und FDP klammern sich an **finanzpolitische Lebenslügen**. Die Angst der Koalition wächst, dass der Wähler den Betrug durchschaut und bestraft. Und das nicht ohne Grund. Im Meinungsbild der Menschen hat Schwarz-Gelb im Bund und in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit verloren. Der Vertrauensverlust in Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Westerwelle ist erdrutschartig. Sieben Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen befindet sich Schwarz-Gelb bei der Haushalts- und Steuerpolitik weiter im Blindflug. Riesige Löcher in der Staatskasse, haltlose Steuersenkungsversprechen für Wohlhabende, steigende Prämien und Gebühren, wachsende Kosten und weniger Netto für Normalverdiener -Merkel, aber auch Rüttgers haben sich heillos in ihren Widersprüchen verstrickt und finden daraus keinen Ausweg.

Unter der Schuldenkanzlerin Merkel treibt der Staat in den Ruin. Sie hat trotz Krise milliardenschwere Steuerprivilegien gewollt. Unter Rüttgers bricht den Kommunen in NRW das Kreuz. Er hat ihnen seit 2005 rund 3 Milliarden Euro weggenommen und jetzt den schwarz-gelben Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen gleich mehrfach



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

zugestimmt - zuerst bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin, dann als stellvertretender CDU-Vorsitzender im Parteipräsidium und schließlich als Ministerpräsident im Bundesrat. Deshalb ist die Betroffenheit geheuchelt, die Merkel und Rüttgers auf dem CDU Landesparteitag an die Adresse der Städte und Gemeinden gerichtet haben. Wenn die Bundestagsabgeordneten der CDU es ehrlich meinen würden, hätten sie im Deutschen Bundestag die Mehrwertsteuerbegünstigung für Hoteliers in namentlicher Abstimmung zurückgenommen. Das haben sie nicht getan.

Die SPD will eine echte Beteiligung der Finanzmarktakteure an den Lasten der Krise. Steuerzahler, Sparer und Kreditnehmer sind zu schützen. Aber auch die von Merkel **angekündigte Bankenabgabe ist eine Mogelpackung**. Union und FDP behaupten, mit ihren Vorschlägen würde verhindert, dass die Rettung der Banken beim Steuerzahler abgeladen wird. Das ist erkennbar falsch. Denn was Schwarz-Gelb plant, ist keine Beteiligung an den Krisenkosten, sondern ein Ausfallfonds für die nächste Krise. Das ist lukrativ für Privatbanken, die vom riskanten Investmentgeschäft besonders profitieren. Und es sendet das Signal: Am Crashkurs muss sich nichts ändern, wir schaffen ja ein Polster für den nächsten Aufprall. Von einer Finanztransaktionssteuer, gezielt auf das spekulative Geschäft gerichtet, ist nicht mehr die Rede. Ein Verbot besonders gefährlicher Finanzprodukte bleibt außen vor. Hinzu kommt die Gefahr, dass die schwarz-gelbe Bankenabgabe zu Lasten der Sparkassen geht und die Kreditvergabe an den Mittelstand verteuert. Das wäre nach den falschen Weichenstellungen im Bundeshaushalt eine weitere Blockade für den dringend nötigen Investitionsschub in Deutschland. Die Koalition gefährdet Investitionen und Innovationen in Deutschland, die wir für die Leitmärkte und für die Arbeit von morgen brauchen.

Im Schatten der Steuersenkungsdebatte beginnt **der größte sozialpolitische Verteilungskampf in der Geschichte der Bundesrepublik**. Denn ab 2011 müssen schon ohne weitere Steuernachlässe jedes Jahr 10 Milliarden Euro im Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Im Bundesministerium der Finanzen wurde offenbar der Auftrag für eine tabulose Streichliste erteilt. Die Stimmen in der CDU werden lauter, die bei der Gesundheitsversorgung für gesetzlich Versicherte nur noch Minimalmedizin bezahlen, das Elterngeld zur Disposition stellen und Milliarden von Euro auf Kosten von Arbeitslosen streichen wollen. Wir fordern vom Bundesfinanzminister: Machen Sie diese Streichliste öffentlich! Die Menschen haben ein Recht zu erfahren, wo die schwarz-gelbe Koalition sie zusätzlich belasten will.

Ob Steuerpolitik, Kommunalfinanzen, Gesundheit oder soziale Einschnitte, überall bleibt die Bundesregierung im Vagen. Söder gegen Rösler, Kauder gegen Rüttgers, Schäuble gegen Merkel: Kein Konzept und nirgends Klarheit - so kann man ein Land nicht regieren und so täuscht man die Wähler. Vor diesem Hintergrund wäre es nur zu



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

begrüßen, wenn sich Kanzlerin Merkel und Arbeitsministerin von der Leyen zumindest durchringen, den **Missbrauch bei der Leiharbeit** zu bekämpfen. Vorausgesetzt, es passiert auch etwas, das über Ankündigungen in der Presse hinausgeht. Wir geben in dieser Woche Gelegenheit, Farbe zu bekennen und den Worten auch Taten folgen zu lassen: Wir stellen ein Konzept für faire Regeln der Leiharbeit zur Abstimmung im Bundestag. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mindestlöhne für die Branche, Begrenzung konzerninterner Verleihung, Verbot der Kopplung einer Befristung an die Verleihdauer - das sind wirksame Schritte, um der Aushebelung von Tarifstrukturen und der Lohndrückerei zu begegnen.

Die Arbeitsministerin weckt allerdings Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit. Denn Ursula sie will das Einfallstor für unfaire Arbeitsbedingungen gleich an anderer Stelle wieder aufreißen. Die **Ausweitung von befristeten Jobs**, die sie plant, steht im scharfen Kontrast zum Problemaufriss, den jüngst das Statistische Bundesamt veröffentlicht hat: Die Zahl befristeter

Arbeitsverhältnisse hat stark zugenommen. Fast jeder zehnte Beschäftigte in Deutschland hat einen Arbeitsvertrag mit Verfallsdatum und kaum einer von ihnen freiwillig. Besonders trifft es Jüngere, die keinen Einstieg in vollwertige Arbeit finden. Auch Dienstleistungsberufe sind überdurchschnittlich betroffen. Ich stimme Frank-Jürgen Weise zu, der in dieser Entwicklung eine Gefährdung unserer Arbeitsgesellschaft sieht. Die Arbeitsministerin sollte auf den Chef der Bundesagentur für Arbeit hören und das schwarz-gelbe Vorhaben, Befristungen zur Regel zu machen, schnellstmöglich beerdigen.

Eine gute Nachricht für alle, die Arbeit suchen, ist die **Einigung über die Zukunft der Job-Center**. Zur Erinnerung: Schon vor einem Jahr hatten wir eine Lösung vorgelegt, um die Betreuung aus einer Hand verfassungsrechtlich abzusichern. Das wurde in letzter Minute von der Unionsfraktion torpediert. Dann hat Arbeitsministerin von der Leyen einen Anlauf genommen, die im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vorgesehene Aufspaltung der Job-Center umzusetzen. Damit ist sie gescheitert.

Jetzt haben wir in einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe erreicht, dass ein zentraler Fortschritt unserer Arbeitsmarktreformen, die Betreuung und Vermittlung aus einer Hand, gesichert bleibt. Die Job-Center von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen bekommen Rechtssicherheit durch eine Verfassungsänderung.

Die bestehenden Optionskommunen werden entfristet, die Ausweitung dieses Modells ist begrenzt und mit einem harten Kontrollregime versehen. Mehr noch: Wir haben durchgesetzt, dass es in Zukunft mehr Vermittler gibt, damit individueller geholfen werden kann. Und wir haben erreicht, dass die von CDU, CSU und FDP verhängte Sperre von 900 Millionen Euro für die Arbeitsmarktpolitik wieder aufgehoben wird. Jetzt



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

ist es an der CDU/CSU-Fraktion, Verantwortung zu beweisen. Bei dem morgigen Treffen der Fraktionsspitzen mit den Ministerpräsidenten Beck und Tillich sowie Arbeitsministerin von der Leyen wollen wir diesen Kompromiss beschließen.

Beim **Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union** Ende dieser Woche wird es darum gehen, wie die europäischen Partner Griechenland bei der Lösung seiner schwierigen Finanzprobleme unterstützen können. Am Donnerstag wird Bundeskanzlerin Merkel hierzu eine Regierungserklärung abgeben. Die Bundesregierung hat bislang einen verheerenden Eindruck der Unentschiedenheit hinterlassen, der die europäischen Partner verprellt und die deutsche Bevölkerung im Unklaren lässt, wohin die Reise geht. Ministerpräsident Papandreu hat zügig und glaubwürdig mit der Politik der konservativen Vorgängerregierung gebrochen. Die griechische Regierung geht mit ihren Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung bis an die Grenze des ökonomisch und innenpolitisch Zumutbaren. Sie verdient dabei Respekt und Unterstützung aus den Reihen der europäischen Partner. Die wichtigste Aufgabe der Gemeinschaft ist es jetzt, klare Signale an die Märkte zu geben und die Spekulanten zu entmutigen, die weiterhin auf die Schwäche Griechenlands wetten. Wir brauchen das unmissverständliche Signal, dass Griechenland die Umschuldung zu vernünftigen Konditionen angehen kann.

In der heutigen Fraktionssitzung werden wir Jerzey Buzek, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, begrüßen. Dieser Besuch kommt gerade zur rechten Zeit. Denn wir haben es in der EU nicht nur mit der griechischen Finanzkrise zu tun. Die Europäische Union befindet sich nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages in einer Phase tiefgreifender strategischer Zukunftsentscheidungen. Das europäische und die nationalen Parlamente haben durch Lissabon neue und zusätzliche Aufgaben erhalten. Wenn wir als Parlamentarier unserer neuen europäischen Verantwortung gerecht werden wollen, müssen wir die Zusammenarbeit zwischen dem EU-Parlament und dem Bundestag intensiver gestalten als bisher. Der Besuch von Jerzey Buzek ist ein wichtiger Anfang.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## II. Zur Woche

### **Fairness in der Leiharbeit**

Zentrale Ziele unserer Beschäftigungspolitik sind ein hoher Beschäftigungsstand und die Schaffung guter Arbeitsbedingungen. Bei allen Erfolgen unserer Beschäftigungspolitik verkennen wir jedoch nicht, dass prekäre Beschäftigung in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Seit langem sind Fehlentwicklungen in der Leiharbeitsbranche bekannt. Die hohen Lohnunterschiede zwischen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern auf der einen und Festangestellten auf der anderen Seite bei vergleichbaren Tätigkeiten sind untragbar. Unsere Vorschläge für die Beseitigung des Missbrauchs der Leiharbeit sind aufgrund des Widerstands der Union in der letzten Legislaturperiode nicht umgesetzt worden. Wir fordern deshalb in unserem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“, die Arbeitnehmerüberlassung wieder auf ihre historische Funktion als Instrument für mehr Flexibilität bei Auftragsspitzen zu beschränken. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss bestimmt werden, dass nach einer kurzen Einarbeitungszeit der Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ ohne Ausnahme gilt. Wir brauchen Regelungen, um den Missbrauch in der Leiharbeit, insbesondere durch nationales aber auch grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping, zu unterbinden. Um den schlimmsten Missbräuchen zu begegnen, ist eine Lohnuntergrenze notwendig. Hierfür muss die Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes aufgenommen werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen muss begrenzt werden. Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen Mitbestimmungsrechte zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Einsatzes der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit. Folgerichtig sollen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bei der



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden. Vor allem aber soll wieder der Grundsatz durchgesetzt werden, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) müssen unzulässig sein.

### **Rettungsschirm für Kommunen – Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise**

Bürgerinnen und Bürger benötigen starke Kommunen, die gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gewährleisten. Städte, Gemeinden und Landkreise garantieren die öffentliche Daseinsvorsorge und erfüllen vielseitige Aufgaben zum Schutz der Gesellschaft. Sie können ihren umfassenden Aufgaben und Verpflichtungen jedoch nur dann gerecht werden, wenn ihre finanzielle Leistungsfähigkeit kurz- und langfristig gesichert ist. Der Bund hat in der Zeit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage ergriffen, dies z. B. durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, durch das Tagesbetreuungsausbauprogramm, durch die Unternehmenssteuerreform 2008 und durch das Anfang 2009 aufgelegte Konjunkturpaket II. Das hat sich positiv ausgewirkt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die positive Entwicklung jedoch gestoppt. Die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen wird durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung dramatisch verschärft. Das Ende letzten Jahres beschlossene sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt zu direkten Einnahmeausfällen von 1,6 Mrd. Euro. Die ebenfalls bereits beschlossenen Vorschläge zur Absenkung der Unternehmensbesteuerung bei Funktionsverlagerungen und Finanzierungsdienstleistungen haben kommunale Mindereinnahmen von mindestens 650 Mio. Euro zur Folge. Die von der Bundesregierung



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

angekündigte Einkommensteuerreform würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von mehreren Milliarden Euro bedeuten. Auch ohne die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wären diese Einnahmeausfälle keinesfalls zu verkraften!

Im Rahmen der föderalen Strukturen sind die Länder verpflichtet, langfristig für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. In der akuten Notlage müssen Bund und Länder darüber hinaus gemeinsam mit den Kommunen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation ergreifen: Erforderlich ist zunächst ein Kurzfristprogramm, das als **Rettungsschirm über den Kommunen** aufgespannt wird und deren elementare Handlungsfähigkeit erhält. Hierzu zählen eine vollständige Kompensation der durch das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Mrd. Euro sowie eine Rücknahme der im Bundestag beschlossenen Änderungen bei der Besteuerung der Funktionsverlagerung und der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung bei Leasing und Factoring. Der Bund soll sich, befristet auf zwei Jahre, im Umgang von 400 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich an den Kosten der Unterkunft beteiligen. Auf weitere Steuergeschenke, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen, ist zu verzichten. Darüber hinaus kommt es darauf an, die strukturelle Unterfinanzierung vieler Städte, Gemeinden und Landkreise durch mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen zu beseitigen. Der Umfang kommunaler Aufgaben und Ausgaben einerseits und die zu deren Erfüllung zur Verfügung stehenden Einnahmen andererseits müssen in Einklang gebracht werden.



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Rücknahme des Steuerprivilegs für Hoteliers – Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes**

Parallel dazu berät der Deutsche Bundestag in dieser Woche abschließend unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Wir fordern damit die Rückgängigmachung der unsinnigen Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition. Die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und haben die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung veranlasst.

### **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes – Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer**

Wir wollen die Integration von in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger umfassend fördern. Hierzu gehört aus unserer Sicht ein dem demokratischen Prinzip entsprechendes Kommunalwahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU besitzen. Nur CDU und CSU lehnen es ausdrücklich ab, das Kommunalwahlrecht auf Staatsangehörige von Drittstaaten zu erstrecken. Durch unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes wollen wir den Ländern die entsprechenden Möglichkeiten einräumen. Danach sollen Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe von Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sein sowie an Abstimmungen teilnehmen können.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Gorleben“ / Keine  
Vorbereitung für die Wiederaufnahme der Erkundung des Salzstocks  
Gorleben bis zum Abschluss der Arbeit dieses Ausschusses**

Der Bundestag beschließt in dieser Woche auf Antrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Gorleben“. Kern des Untersuchungsauftrages ist vor allem die Klärung, inwieweit die Auswahl und Entscheidung zur alleinigen Erkundung Gorlebens auf politischer Vorfestlegung und politischer Einflussnahme beruhten und nicht auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise erfolgten. Der Untersuchungsausschuss soll in die Lage versetzt werden, aus seinen Erkenntnissen Empfehlungen für die künftige Endlagersuche zu erarbeiten.

Gleichzeitig berät der Bundestag abschließend über unseren Antrag zur aktuellen Erkundung von Gorleben als Endlager. Mit unserem Antrag „Keine Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Erkundung des Salzstocks in Gorleben bis zum Abschluss der Arbeit des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ fordern wir die Bundesregierung auf, die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abzuwarten. Die Bundesregierung will jetzt den Rahmenbetriebsplan zur Erkundung des Endlagers Gorleben verlängern, um die Erkundung wieder aufzunehmen. Das widerspricht dem Auftrag des Untersuchungsausschusses, der das Zustandekommen der Entscheidung zur Erkundung von Gorleben im Jahr 1983 überprüft.

**Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen**

Seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Barack Obama ist die Hoffnung auf Fortschritte insbesondere bei der nuklearen Abrüstung gestiegen. Die USA und Russland haben Verhandlungen zu einem neuen Start-Vertrag aufgenommen, der den im Dezember 2009 ausgelaufenen Start-I-Vertrag



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

ersetzen soll. In diesem Jahr findet darüber hinaus die nächste Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV oder Atomwaffensperrvertrag) statt. Es kommt jetzt darauf an, diese Konferenz mit Beschlüssen zu beenden, die den Atomwaffensperrvertrag stärken und die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen voranbringen.

Mit dem fraktionsübergreifenden Antrag von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen begrüßen wir die Absicht der Bundesregierung, neue Abrüstungsabkommen zu unterstützen und eine neue Dynamik in der Rüstungskontrolle und der Abrüstungsdebatte zu erreichen. Wir begrüßen, dass sich die Bundesregierung bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis und gegenüber der USA dafür einsetzen will, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden. In unserem umfangreichen Forderungskatalog wird die Bundesregierung aufgefordert, die anstehenden Verhandlungen zu unterstützen und zu einem Erfolg der Überprüfungskonferenz beizutragen. Wir fordern darüber hinaus eine Stärkung der Rüstungskontrolle sowie der Internationalen Atomenergieagentur IAEA zur Überwachung des NVV. Bei Verletzungen von NVV-Verpflichtungen sind effektive Sanktionen nötig. Wir treten auch für ein neues Abkommen zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial sowie für die Einrichtung eines Kernwaffenregisters und die Offenlegung der Plutoniumbestände ein. Staaten, die dem NVV bisher nicht beigetreten sind, sollen für einen Beitritt geworben werden. In Konfliktregionen im Nahen und Mittleren Osten und in Südasien muss die Bundesregierung sich nachdrücklich für Gespräche über nukleare Abrüstung einsetzen. Politische Lösungen sind auch in den Konflikten mit Nordkorea und dem Iran zu suchen. Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages!



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Modernisierungspartnerschaft mit Russland - Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung**

Ein stabiles Russland ist ein zuverlässigerer Partner für Deutschland und die EU. Eine konstruktive und kooperative Beziehung zu Russland ist Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Europa. Wir bekennen uns klar zum Ziel einer strategischen Partnerschaft und zur Unterstützung der Modernisierung Russlands. Die von Deutschland und der EU angestrebte „strategische Partnerschaft“ mit Russland zielt auf die gemeinsame Lösung globaler Fragen sowie regionaler Krisen und Konflikte. Präsident Medwedjew verfolgt ein ambitioniertes Programm innerer Reformen besonders in der Justiz, um die Modernisierung der russischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik voranzutreiben, und hat dafür von Anfang die Unterstützung des Westeuropas und der USA gesucht. Frank-Walter Steinmeier hat bereits im Frühjahr 2008 eine umfassende „Modernisierungspartnerschaft“ angeboten, die Deutschland und die EU nun in die Tat umsetzen sollen. Die EU dringt seit langem auf einen qualitativen Ausbau der Zusammenarbeit mit Russland mit dem Ziel der Schaffung von vier Gemeinsamen Räumen (Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit, Justiz; Äußere Sicherheit; Forschung, Bildung; Kultur). Die Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurden im Herbst 2008 wieder aufgenommen. Wir treten für eine konstruktive Antwort auf Medwedjews Initiative ein, ebenso für eine verstärkte Kooperation mit der EU sowie im NATO-Russland-Rat. Wir streben eine gemeinsame Russlandpolitik der EU und den baldigen Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland über die vier Gemeinsamen Räume an.

### **Zukunft für Haiti – Nachhaltigen Wiederaufbau unterstützen**

Die bisherigen Anstrengungen nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti am 12. Januar dieses Jahres galten der ersten Notversorgung in dem ohnehin zu den ärmsten Ländern gerechneten Staat. Jetzt muss der Übergang zu einer



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

nachhaltigen Wiederaufbauhilfe geschafft werden, wenn Haiti langfristig eine Perspektive haben soll. Eine Art Marshall-Plan kann die unterschiedlichen Wiederaufbaumaßnahmen koordinieren und bündeln und die benötigten Mittel verwalten. Ende März soll auf einer Geberkonferenz in New York über die Aufbauhilfe verhandelt werden.

Wir wollen den nachhaltigen Wiederaufbau Haitis. Wir fordern die Bundesregierung auf, beim EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai ein regionales Aufbaukonzept auf den Weg zu bringen, das Staaten und Organisationen unterstützt, die sich aus dem LAK-Raum (Lateinamerika und Karibik) für die Hilfe und den Wiederaufbau engagieren. Weiterhin soll die Bundesregierung sich auf der Konferenz Ende März in New York und auch darüber hinaus für einen langfristigen Aufbauplan einsetzen und sich mit ausreichenden Mitteln an einem langjährigen Engagement der internationalen Staatengemeinschaft in Haiti beteiligen.

**Freie und faire Wahlen im Sudan sicherstellen, den Friedensprozess über das Referendum 2011 hinaus begleiten sowie die humanitäre und menschenrechtliche Situation verbessern**

Vor den Wahlen im Sudan im April und im entscheidenden letzten Jahr des Comprehensive Peace Agreement (CPA) fordern wir mit einem fraktionsübergreifenden Antrag von SPD, Union, FDP und Grünen, dass Deutschland seine politische und humanitäre Verantwortung für den Sudan ernst nimmt und seinen Beitrag für einen dauerhaften Frieden leistet.

Der Sudan befindet sich an einem äußerst kritischen Punkt seiner Geschichte. Am 11. April 2010 finden nationale, südsudanesische und lokale Wahlen statt. Für das Amt des Präsidenten kandidiert erneut der durch einen Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gesuchte Omar al-Bashir. Der gewaltsame Konflikt zwischen dem Nord- und Südsudan wurde 2005 mit dem auf sechs Jahre vereinbarten CPA beendet. Die Umsetzung hinkt dem Zeitplan deutlich hinterher; sie ist jedoch eine entscheidende



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. Im Januar 2011 ist ein Referendum über die Frage der Unabhängigkeit des Südsudan geplant. Es ist dringend nötig, schon jetzt Regelungen für die Zeit nach dem Referendum zu vereinbaren.

Deutschland ist personell und logistisch an den UN-Missionen UNAMID (Darfur) und UNMIS (Südsudan) beteiligt. Beide Missionen wurden von der internationalen Gemeinschaft nicht ihren Mandaten entsprechend ausgestattet, so dass sie ihre Aufgaben nur unvollständig erfüllen können. Die Stabilisierung der politischen Situation im Sudan ist eine große internationale Herausforderung. Sollte sie nicht gelingen, könnte dies erneut in großem Umfang militärische Konflikte, Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und humanitäre Katastrophen in der gesamten Region zur Folge haben. Gemeinsam mit den EU-Partnern muss Deutschland sein Engagement im Sudan fortsetzen, wofür der Forderungskatalog im Antrag konkrete Maßnahmen auflistet.

### **Menschenrechtsverteidiger brauchen den Schutz der Europäischen Union**

Mit unserem Antrag „Menschenrechtsverteidiger brauchen den Schutz der Europäischen Union“ unterstützen wir die Initiative der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu verbessern. Menschenrechtsaktivisten und ihre Familien gehen in vielen Staaten ein besonders hohes Risiko ein. Sie werden häufig Opfer staatlicher Gewalt oder paramilitärischer Gruppen. Durch ihren Mut wurde die Lage der Menschenrechte auf der ganzen Welt wesentlich verbessert. Deshalb ist die Initiative der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zu begrüßen, den Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu stärken. Eine Schlüsselrolle fällt dabei den EU-Missionen vor Ort zu. Orientierung für die geplanten Maßnahmen ist die EU-Leitlinie zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Den Schwerpunkt seiner Initiative legt Spanien auf die Entwicklung lokaler Strategien zur



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Umsetzung der Leitlinien und auf die Einrichtung von Kontaktstellen für Menschenrechtsverteidiger in Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten. Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, die spanische Ratspräsidentschaft in ihrem Vorhaben zu unterstützen und an der Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern konstruktiv mitzuarbeiten. Die Bundesregierung soll darüber hinaus im Rahmen der EU-Entwicklungszusammenarbeit die Arbeit von Menschenrechtsaktivisten fördern.

### **Mobilität nachhaltig gestalten – Erfolgreichen Ansatz der integrierten Verkehrspolitik fortentwickeln**

Ein gut ausgebautes Verkehrssystem ist wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Investitionen in unsere Infrastruktur sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft. Das Konzept einer integrierten Verkehrspolitik basiert auf der vernünftigen Kombination der unterschiedlichen Verkehrsträger zu einem ökonomisch effizienten, sozial angemessenen und ökologisch verträglichen Mobilitätsangebot. Die Koalition allerdings legt ihren Schwerpunkt in der Verkehrspolitik auf den Verkehrsträger Straße. Das ist ein schwerwiegender Fehler. Wir fordern, den Verkehrsträger Straße durch die Verlagerung auf die Schiene und Wasserstraße zu entlasten. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich zum Ansatz einer integrierten Verkehrspolitik zu positionieren, um die Widersprüche zwischen Ansätzen des Koalitionsvertrages und öffentlichen Äußerungen zur zukünftigen Verkehrspolitik auszuräumen.

### **Adulte Stammzellforschung ausweiten, Forschung in der regenerativen Medizin voranbringen und Deutschlands Spitzenposition ausbauen**

Wir setzen nachdrücklich auf die Förderung der adulten Stammzellforschung und der Forschung in der regenerativen Medizin und legen hierfür mit unserem Antrag einen Forderungskatalog vor. Die adulte



**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stammzellforschung und die regenerative Medizin befinden sich noch überwiegend im Stadium der Grundlagenforschung. Erste klinische Studien deuten aber darauf hin, dass diese Ansätze interessante Heilungsstrategien liefern können. Es muss daher das gemeinsame Ziel aller Beteiligten sein, neue und innovative Therapien aus der adulten Stammzellforschung und der regenerativen Medizin bis zur Anwendungsreife im klinischen Alltag zu bringen und hierbei ein hohes Qualitätsniveau sowie eine möglichst umfassende Patientensicherheit zu gewährleisten. Es bedarf einer umfassenden Bewertung von Risiken und Nutzen neuer therapeutischer Ansätze und Verfahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von ersten klinischen Studien bis zur praktischen Anwendbarkeit im klinischen Alltag oftmals viele Jahre vergehen. Über diese langen Zeiträume brauchen wir eine kontinuierliche finanzielle Förderung sowie die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur für wissenschaftliche Arbeiten, um Therapien bis zur Anwendungsreife zu entwickeln. Wir wollen unter anderem die Einrichtung eines Zentrums für klinische Studien in der regenerativen Medizin sowie die Schaffung einer Deutschen Nabelschnurdatenbank.



**Siegmund Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### III. Aktuelles Thema

## **Arbeit in Deutschland - Wo wir heute stehen**

### **Sozialdemokratische Reformen für Arbeit in Deutschland**

Vor sieben Jahren haben wir eine der umfassendsten Reformen für den Arbeitsmarkt in der bundesdeutschen Geschichte begonnen. Das zentrale Verdienst dieser Politik ist es, die schleichende Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit beendet und den Kampf um Vollbeschäftigung neu aufgenommen zu haben. Wir haben vielen Bürgerinnen und Bürgern, die Arbeit suchen, durch bessere Qualifizierung und Vermittlung neue Chancen auf einen Arbeitsplatz ermöglicht. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung bleiben von überragender Bedeutung. Auch dass wir die weit verbreitete Praxis der Frühverrentung begrenzt und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer spürbar erhöht haben, ist eine richtige Weichenstellung zugunsten höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Lebenserwartung.

### **Neue Herausforderungen erfordern neue Konzepte**

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Deshalb müssen wir jetzt weiterdenken und unsere Konzepte weiterentwickeln. Die Verhältnisse der Arbeitswelt sind oft unfair geworden. Der ökonomische Strukturwandel schreitet voran. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland zugleich einen Mangel an Fachkräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht gut genug qualifiziert sind. Die Anstrengungen bei Bildung, Berufsqualifizierung und Weiterbildung müssen dramatisch gesteigert werden.

### **Leistung muss sich wieder lohnen**

Arbeit muss sich wieder lohnen. Doch geringe Löhne und unsichere Beschäftigung haben sich ausgebreitet. Das gefährdet die Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Zeitarbeit wird missbraucht, um Tarifstrukturen zu umgehen und Löhne zu drücken. Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder Ordnung geschaffen werden, durch Mindestlöhne, durch die Stärkung der Tarifverträge und der Mitbestimmung, nicht zuletzt durch die



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



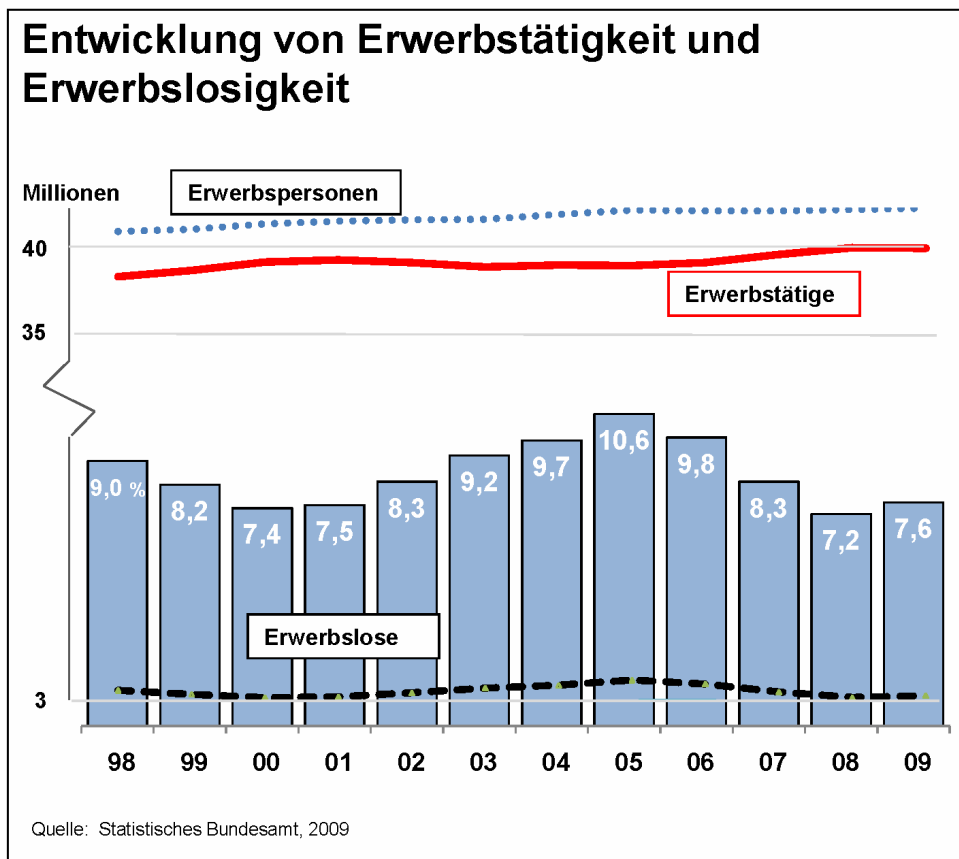
Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren eigentlichen Zweck zur Abdeckung von Auftragsspitzen. Die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse verstärkt die Unsicherheit und blockiert den sozialen Aufstieg. Wir wollen daher das unbefristete Arbeitsverhältnis stärken.

### Arbeit in Deutschland – Daten und Fakten

Wichtige Erfolge und zentrale Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind an einer Reihe von Indikatoren festzustellen.

#### I. Mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit



Seit 1998 ist die Zahl der Erwerbspersonen gestiegen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Zugleich gibt es mehr Erwerbstätige. 2009 hatten mehr als 40 Millionen Menschen Erwerbsarbeit. Nach einem auch statistisch begründeten Anstieg der Arbeitslosenquote in 2005 – die SPD-geführte Bundesregierung hat die vormalige Schattenarbeitslosigkeit erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger offen in der Arbeitslosenstatistik ausgewiesen – ist die Arbeitslosigkeit bis 2009 auf 7,6 Prozent gesunken.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Der deutsche Arbeitsmarkt war gestärkt, als die Finanz- und Wirtschaftskrise einbrach, und bleibt auch im Februar 2010 noch relativ stabil. Die Zahl der Arbeitslosen lag zuletzt bei 3.643.000. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitssuchenden nur um 7.000 gestiegen. Insbesondere die Kurzarbeit hat den deutschen Arbeitsmarkt auch in diesem Monat entlastet. Für das Jahr 2010 droht die Zahl der Arbeitslosen aber weiter zu steigen. Dabei besteht die Gefahr einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Während sich im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I) Eintritte und Austritte weitgehend ausgleichen, wird die Arbeitslosigkeit im SGB II („Hartz IV“) steigen.

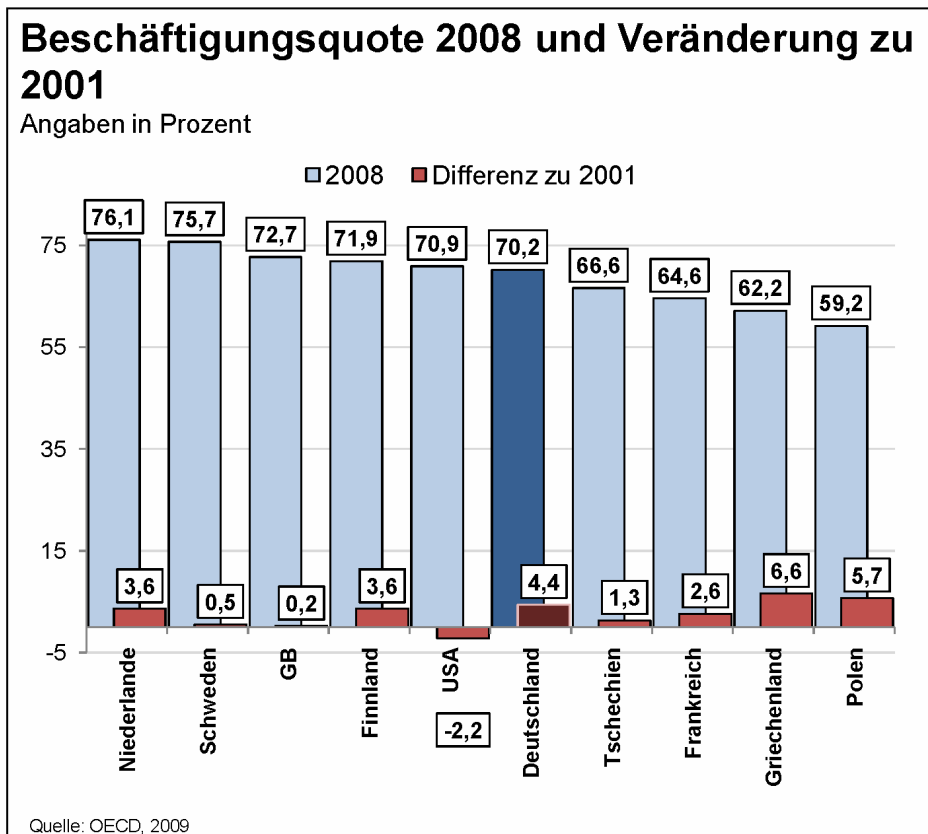
- **Erwerbspersonen** sind Personen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.
- **Erwerbstätige** sind Personen, die wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfenden Familienangehörigen), oder selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.
- **Erwerbslose** sind Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen.

### **Mehr Dynamik – Beschäftigungsquote im internationalen Vergleich**

Unter der Beschäftigungsquote bzw. Erwerbstätigenquote versteht man den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Im letzten Jahrzehnt verlief der Beschäftigungsaufbau in Deutschland dynamischer als in einer Reihe anderer Staaten – wie USA, Großbritannien, Niederlande, Finnland oder Schweden.



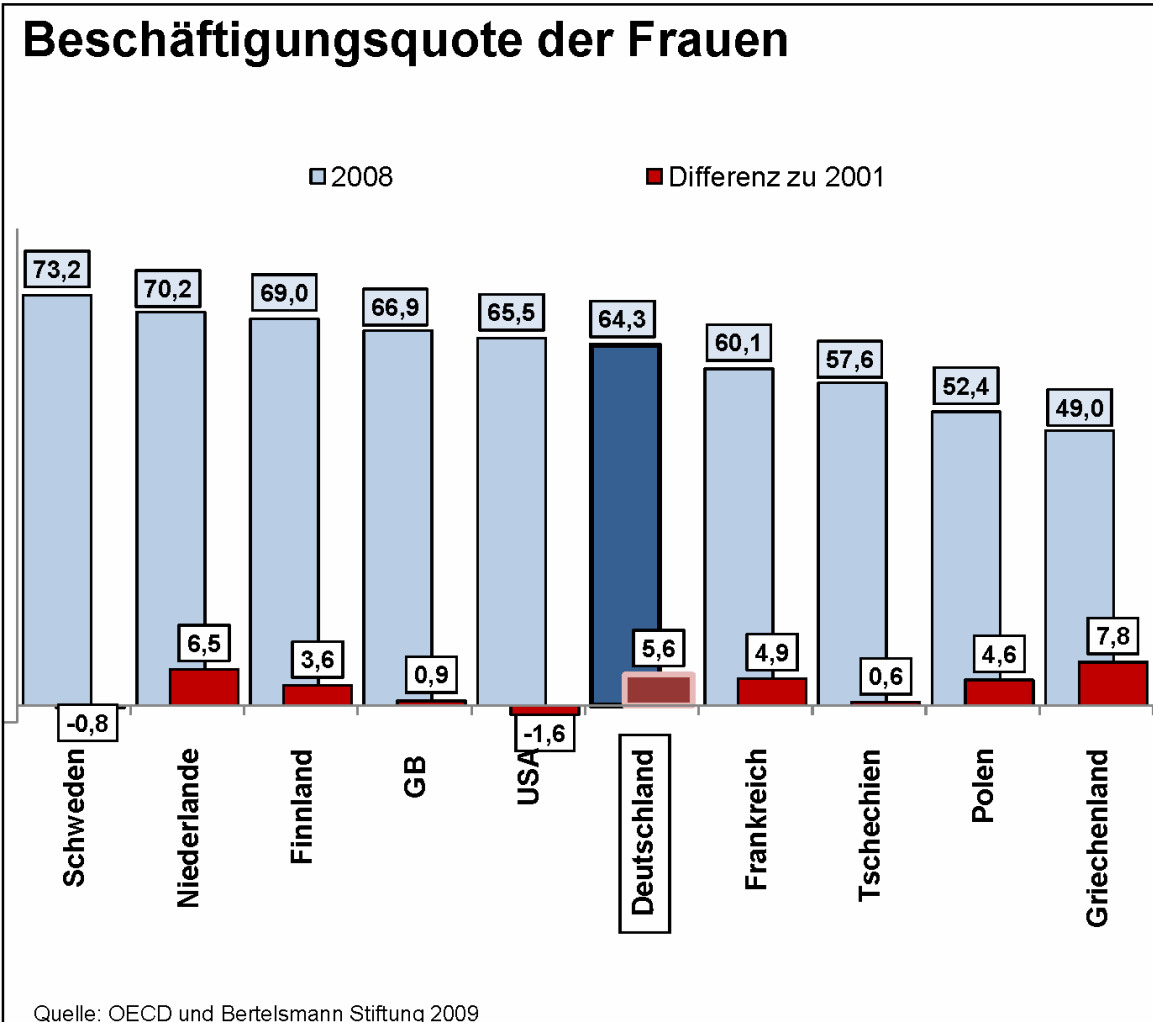
Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Die Beschäftigungsintensität des Wachstums ist gestiegen. Die Beschäftigungsquote in Deutschland nahm um 4,4 Prozentpunkte auf den historischen Höchstwert von 70,2 Prozent zu. Zu diesem Erfolg hat die überdurchschnittlich gestiegene Beschäftigungsquote bei Frauen (5,6 Punkte) und vor allem bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einem Plus von rund 16 Prozentpunkten beigetragen. Eine stärkere Zunahme war nur in Spanien, Griechenland, Polen und der Slowakei zu verzeichnen, die in der Ausgangslage jedoch allesamt ein deutlich niedrigeres Beschäftigungsniveau zeigten. Deutschland rückte im laufenden Jahrzehnt an die erfolgreichen kontinentaleuropäischen Länder Niederlande und Schweden heran. Im Gegensatz dazu haben die USA in den letzten Jahren an Boden verloren und lagen 2008 nur noch knapp vor Deutschland.

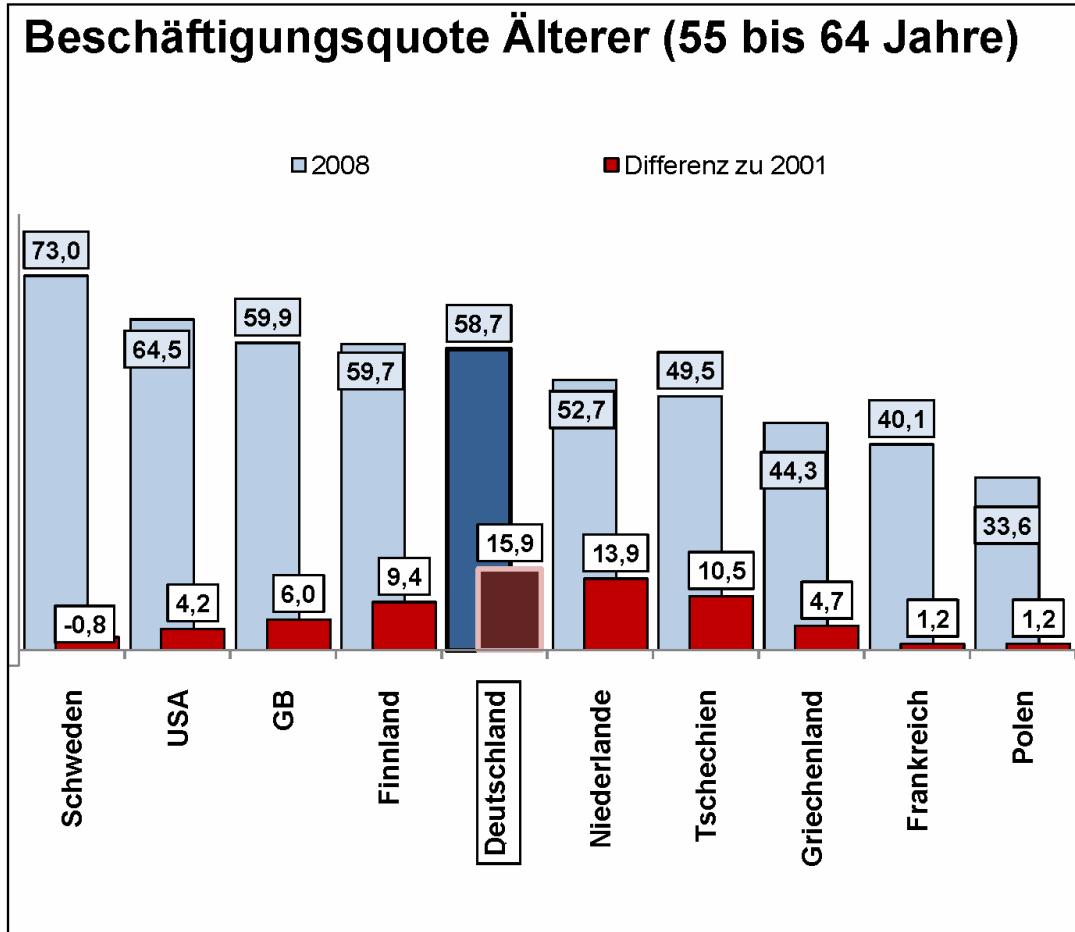


Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages





Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages





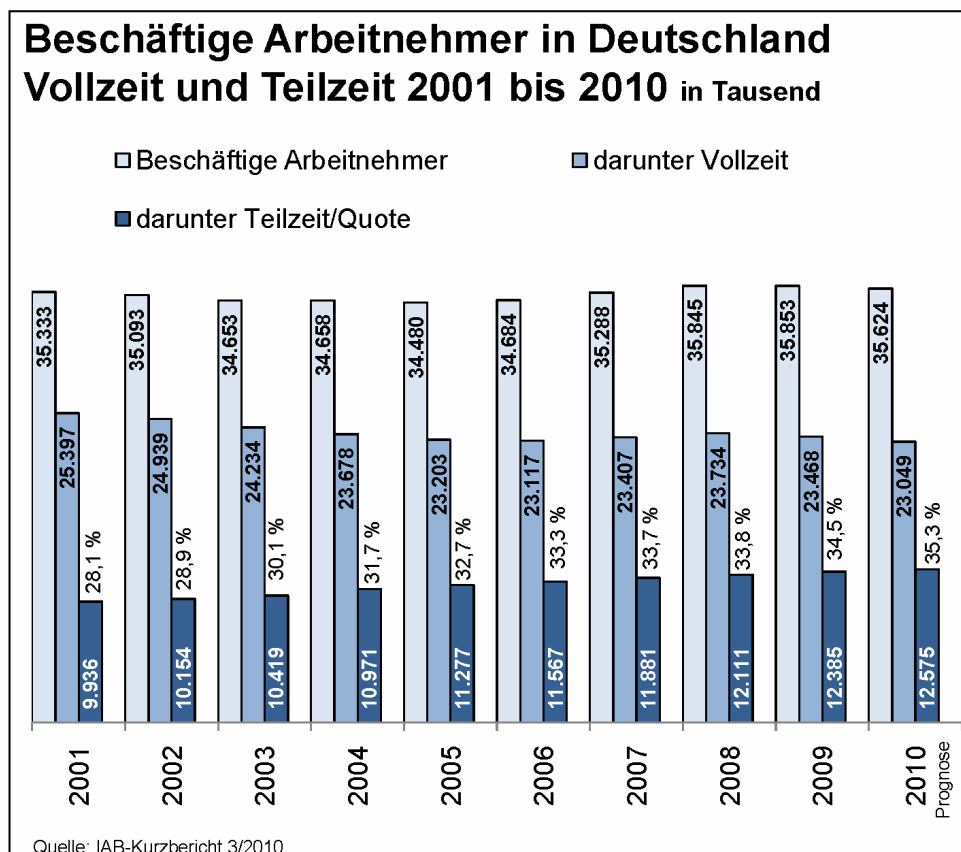
Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## II. Vollzeitarbeit geht zurück, Teilzeitarbeit nimmt zu

Die Struktur der Beschäftigung in Deutschland hat sich verändert: Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze hat abgenommen, Teilzeit ist gestiegen. Teilzeitarbeit ist weiblich: weit über 80 % dieser Beschäftigungsverhältnisse werden von Frauen ausgeübt. Wer länger als sechs Monate in einem Betrieb mit mehr als 15 Beschäftigten arbeitet, hat das Recht, Teilzeit zu beantragen. Sie wird zum Teil freiwillig gesucht, um entlang des Lebenszyklus Zeit zu gewinnen für familiäre Aufgaben. Sie ist aber auch ein Mittel von Arbeitgebern, Lohnkosten zu senken. Viele Beschäftigte wünschen sich eine höhere Arbeitszeit und einen vollwertigen Arbeitsplatz, auch weil die Lohneinbußen sie empfindlich treffen. Ein besonderes Problem der steigenden Teilzeitquote sind Beschäftigungsverhältnisse, in denen regelmäßig mehr gearbeitet werden muss, als entlohnt wird. So genannte „Teilzeit ohne Begrenzung der Stundenzahl“ wird gezielt missbraucht, um Lohnkosten zu drücken und Arbeitnehmer auszubeuten.





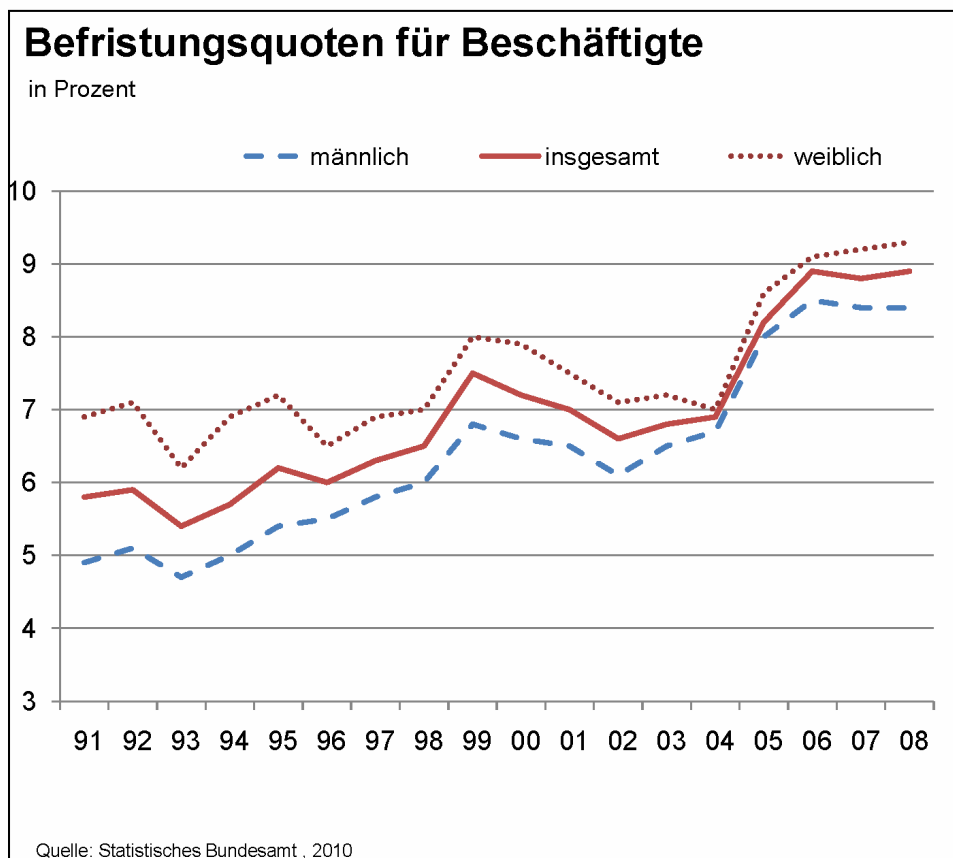
Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### III. Befristete Arbeit nimmt zu

Die Zahl befristeter Arbeitsverträge hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Rund 2,7 Mio. (8,9 %) der abhängig Beschäftigten hatten 2008 einen Vertrag auf Zeit. Die Angaben beziehen sich auf "Kernerwerbstätige" im Alter bis 65 Jahre, ohne Auszubildende sowie Schülerinnen, Schüler und Studierende mit Nebenjob.



Befristete Beschäftigung ist nicht gleichmäßig über alle Personen- und Berufsgruppen verteilt. Wiederum zeigt sich, dass häufiger Frauen betroffen sind. Und: Insbesondere jüngere Beschäftigte sind es, die lediglich befristete Arbeitsverträge bekommen. Für rund jeden Fünften befristet Beschäftigten (20,9 %) handelte es sich bei der ausgeübten Tätigkeit um einen zeitlich begrenzten Probearbeitsvertrag. „Befristung“ verteilt sich außerdem ungleich auf einzelne Branchen. Besonders häufig finden sich befristete Jobs in den „neuen“ Dienstleistungssparten. Überproportional betroffen sind Beschäftigte im Bereich „Öffentliche und private Dienstleistungen“ mit einem Anteil von



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

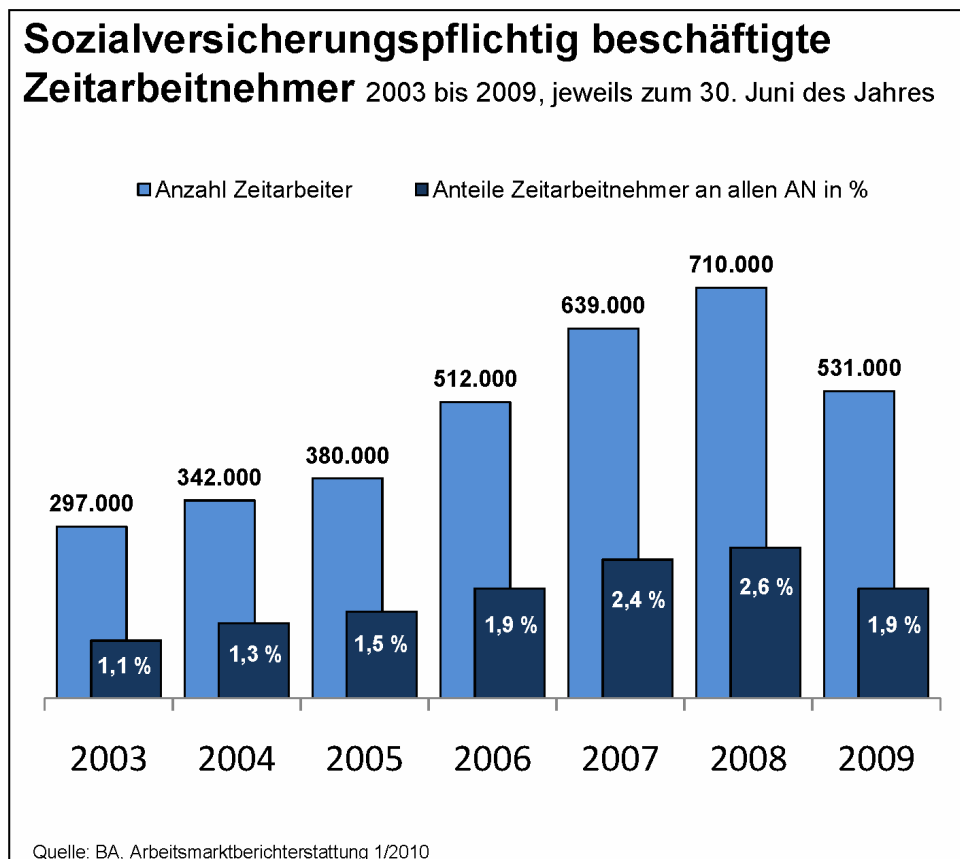


Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

13,3 %. Befristungen entsprechen nur selten den Wünschen der Arbeitnehmer. Von den 2,7 Mio. befristet Beschäftigten des Jahres 2008 erklärten nur 2,5 %, keine Dauerstellung gewünscht zu haben.

#### **IV. Leiharbeit nimmt zu – hat aber geringen Anteil an der Beschäftigung**

Zeitarbeit hat sich zwischen 2001 und 2008 mehr als verdoppelt. Gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sie dennoch mit 710.000 Beschäftigungsverhältnissen (2,6 %) eine geringe Bedeutung. Die Branche reagiert frühzeitig auf konjunkturelle Veränderungen. Entsprechend zeigten sich hier die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise früher als in anderen Branchen. Zeitarbeit ist bis Mitte 2009 auf 531.000 Beschäftigte gesunken.





Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



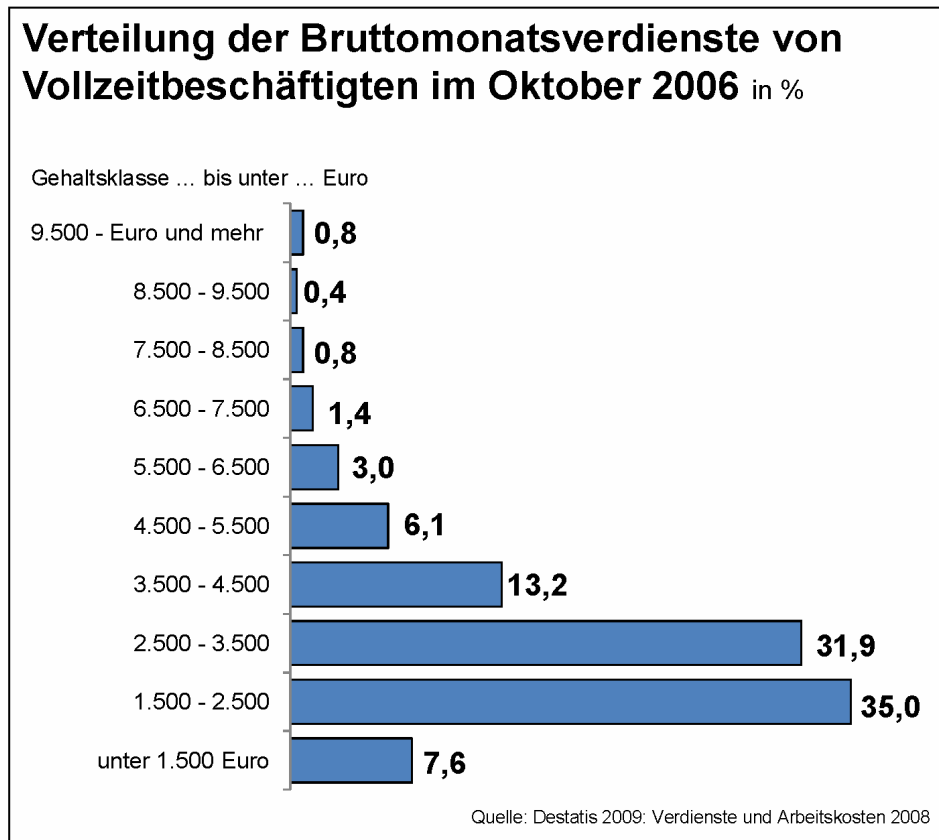
Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## V. Gespaltene Lohnentwicklung

Löhne sind die bedeutendste Einkommensquelle der Beschäftigten in Deutschland. Ihre Höhe, Entwicklung und Verteilung bestimmen wesentlich den privaten Konsum und damit auch die konjunkturelle Entwicklung. Weiterhin stellen sie für die Unternehmen Kosten dar. Die Bruttoverdienste und die Lohnnebenkosten ergeben die Arbeitskosten, deren Niveau und Entwicklung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft mit prägen.

### 1. Verteilung der Löhne

Gut jeder dritte vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdiente 2006 zwischen 1.500 und 2.500 Euro. Rund 75 % der Beschäftigten erhielten bis zu 3.500 Euro Brutto. Der Niedriglohnsektor bis 1.500 Euro umfasste 7,6 %. Mehr als 9.500 Euro verdienen nur 0,8 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.





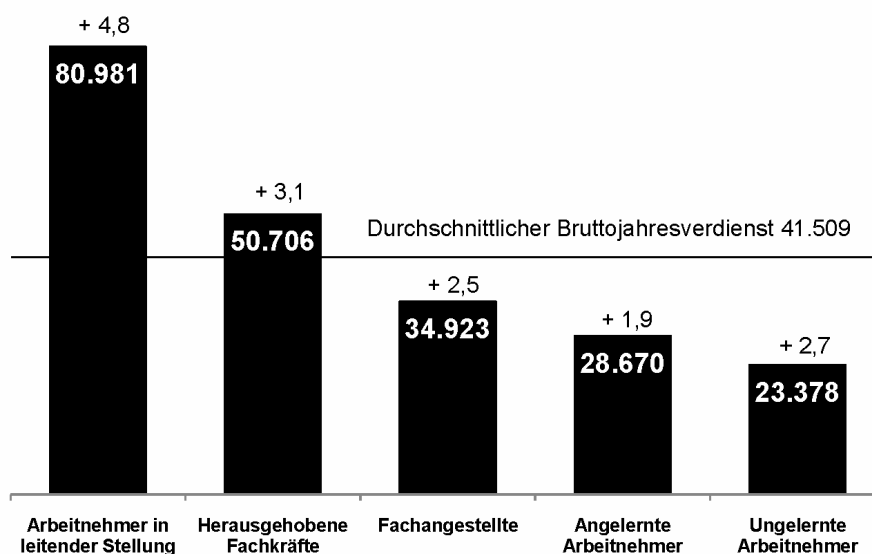
**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die unteren 20 % der Arbeitnehmer verdienten weniger als 1.947 Euro und die oberen 20 % mehr als 3.826 Euro. Besonders hohe Verdienste konnten Geschäftsführer mit Jahresverdiensten von 91.180 Euro und Juristen mit 82.161 Euro erzielen. Sehr wenig verdienten Friseure (15.787 Euro) und Glas- und Gebäudereiniger (21.313 Euro).

## 2. Gespaltene Lohnentwicklung – Gewinner und Verlierer

Die Lohnentwicklung ist gespalten: Wer viel hat, bekam am meisten dazu. Leitende Angestellte hatten im Jahr 2008 mit 4,8 % die höchste Verdienststeigerung, die zudem deutlich über der Preisentwicklung lag. Auch gut qualifizierte Fachkräfte hatten einen vergleichsweise hohen Verdienstzuwachs (+3,1 %). Anders sieht es für die schlechter qualifizierten Arbeitnehmer aus. Fachangestellte und ungelernte Arbeitnehmer konnten mit ihren Verdienstzuwächsen ihr Reallohniveau sichern. Angelernte Arbeitnehmer verdienten im Jahr 2008 nur 1,9 % mehr als im Jahr 2007 und waren mit einem Reallohnverlust von 0,7 Prozentpunkten die Verlierer.

### Höhe des Bruttojahresverdienstes in Euro und Veränderung des Bruttojahresverdienstes im Vergleich zum Vorjahr in % nach Art der Tätigkeit im Jahr 2008



Quelle: Destatis 2009: Verdienste und Arbeitskosten 2008

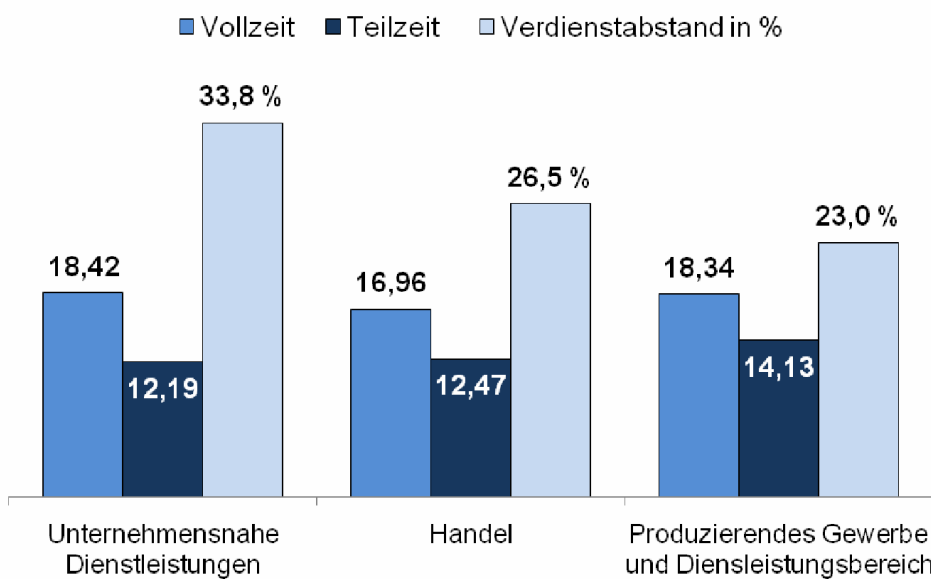


Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### 3. Die Lohnlücke zwischen Vollzeit und Teilzeit

Teilzeitbeschäftigte arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich durchschnittlich 24,2 Stunden und erhielten 1.483 Euro im Monat. Das heißt: Teilzeitarbeitnehmer verdienen je Arbeitsstunde deutlich weniger als Vollzeitarbeitnehmer. Der Bruttostundenverdienst von Teilzeitbeschäftigten – zu 80 % Frauen, siehe oben – war mit 14,13 Euro je Stunde 23 % niedriger als der Bruttostundenverdienst eines Vollzeitbeschäftigten (18,34 Euro).

#### Abstand zwischen den Bruttostundenverdiensten von teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern nach Wirtschaftszweigen 2008 in Euro



Quelle: Destatis 2009: Verdienste und Arbeitskosten 2008

Den größten Unterschied zwischen dem Verdienst eines voll- und eines teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers gab es in den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Handel. Am geringsten ist dieser Abstand in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (4,6 %) und Erziehung und Unterricht (10,8 %). Die Lohnlücke hat zwei Ursachen: Teilzeitbeschäftigte sind seltener in gut bezahlten Positionen und im Fachkräftebereich tätig. Zudem arbeiten Teilzeitbeschäftigte überwiegend in Dienstleistungsbereichen, die vergleichsweise niedrige Verdienste zahlen.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **VI. Niedriglöhne nehmen zu, der Steuerzahler zahlt drauf**

Die Definitionen des Niedriglohnsektors sind in der Wissenschaft nicht einheitlich. In Anlehnung an die OECD wird **Niedriglohn** als ein Bruttolohn bezeichnet, der unterhalb von zwei Dritteln des nationalen Medianbruttolohns aller Vollzeitbeschäftigten liegt. Der Median ist der Wert, der die Anzahl der Löhne genau in zwei Hälften teilt. Diese Schwelle liegt in Deutschland bei 1.800 Euro brutto im Monat.

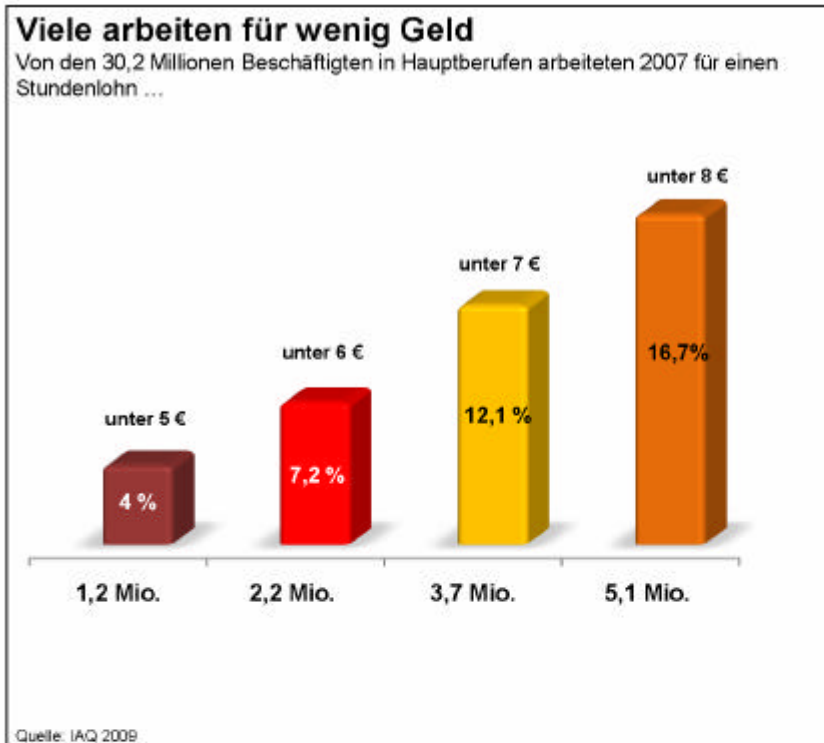
Der Niedriglohnsektor in Deutschland hat zugenommen. Sehr hoch ist der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Friseurinnen und Frisuren (85 %), Taxifahrerinnen und -fahrern (82 %), Leiharbeitern (77 %), Beschäftigten in Wäschereien und chemischen Reinigungen (65 %), der Gastronomie (63 %), Hotellerie (61 %) sowie in der Gebäudereinigung (56 %). Einer Studie der Universität Duisburg zufolge ist schlecht bezahlte Arbeit nicht länger nur ein Problem der Ungelernten: 67,5 % der Niedriglohnbeschäftigten können eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen, nur knapp ein Viertel besitzt keine Qualifikationen.

### **1. Stundenlöhne – mehr als 5 Millionen bekommen unter 8 Euro**

Menschen, die einen Niedriglohn bekommen, arbeiten zum Teil für unter sechs Euro pro Stunde. Jeder dritte Niedriglohnbeschäftigte arbeitet für weniger als 6 Euro brutto, 1,2 Millionen Betroffene sogar weniger als 5 Euro.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



## 2. „Aufstocker“ – Lohndumping auf Staatskosten

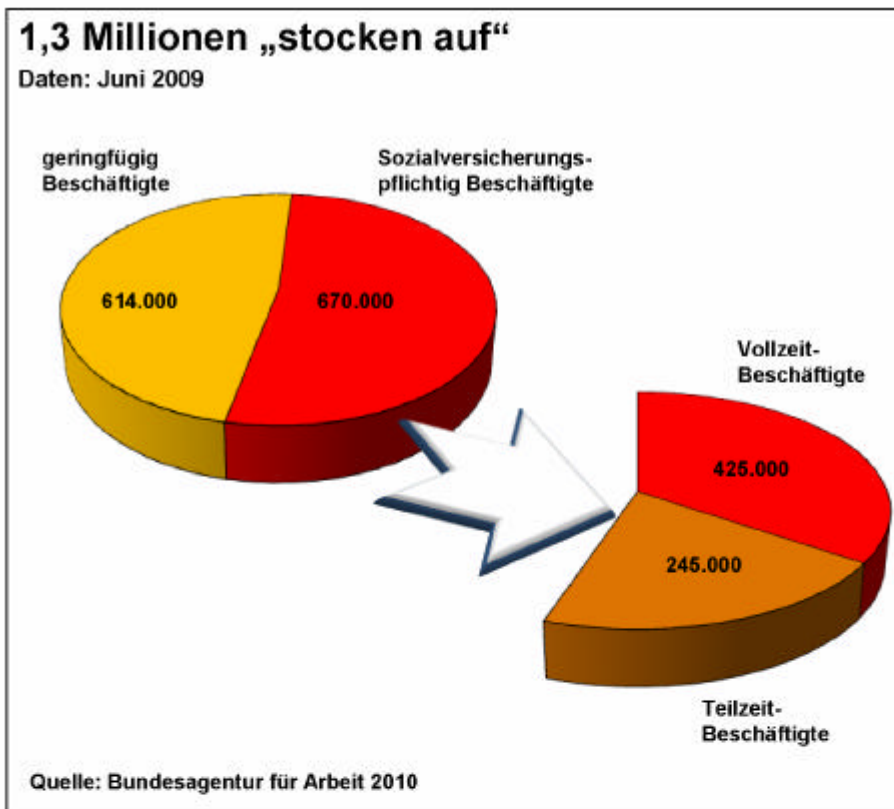
Jeder, der am Arbeitsmarkt nicht genug Einkommen für seinen Lebensunterhalt verdient, hat Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen. Im Juni 2009 hatten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit rund 1,3 Millionen Erwerbstätige in Deutschland einen so niedrigen Lohn, dass sie „aufstocken“, also staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen mussten. Sogar 425.000 Vollzeitbeschäftigte bekamen ergänzende Hartz-IV-Leistungen. Die Hans-Böckler-Stiftung geht davon aus, dass darüber hinaus noch über eine halbe Million Beschäftigte einen Anspruch auf ergänzende Grundsicherung haben, ihn aber nicht einlösen, weil sie nicht wissen, was ihnen zusteht, oder weil sie aus Scham den Gang zum Jobcenter vermeiden.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



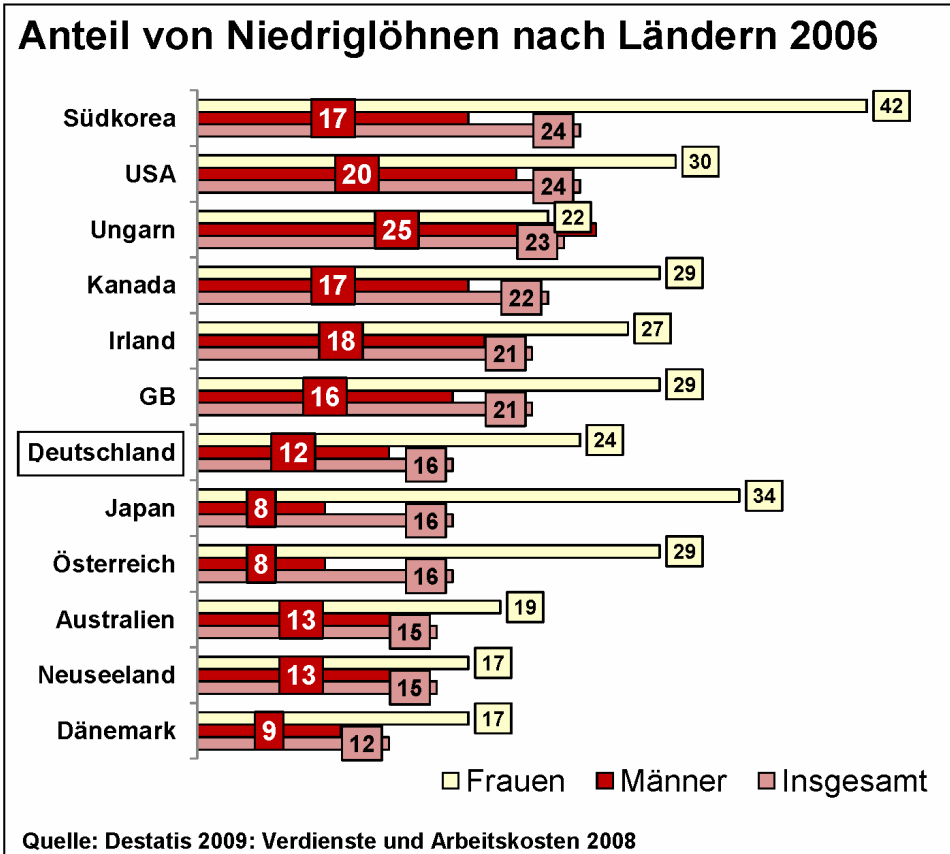
Grundsicherung in Kombination mit Niedriglöhnen ist also letztendlich nichts anderes als Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers und zu Lasten des Sozialstaates. Dieses Vorgehen mancher Arbeitgeber ist nicht zu tolerieren.

### 3. Niedriglohnsektor im internationalen Vergleich – Deutschland im Mittelfeld

Für den internationalen Vergleich sind nur wenige Angaben verfügbar. Der OECD liegen für eine kleine Zahl von Ländern vergleichbare Daten für das Jahr 2006 vor. Demnach lag Deutschland mit einem Niedriglohnanteil von 16 % im Mittelfeld. Am höchsten war der Anteil in Südkorea und den Vereinigten Staaten mit 24 %, am niedrigsten in Dänemark mit 12 %. In fast allen Ländern lag der Anteil bei den Frauen über dem der Männer. Der größte Unterschied war dabei in Japan festzustellen: Männer 8 %, Frauen 34 %. Aber auch in Deutschland sind Frauen mit 24 % doppelt so häufig von Niedriglöhnen betroffen als Männer. Das hat nur zum Teil damit zu tun, dass Frauen in den Familien nicht Haupt-, sondern Hinzuverdiener sind. Immer öfter steckt offene Diskriminierung dahinter. Wieder zeigt sich: Prekäre Arbeitsverhältnisse treffen Frauen in besonderer Weise.



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



## VII. Arbeitskosten im europäischen Vergleich

### 1. Arbeitskosten in Europa – Deutschland im oberen Drittel

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller den Arbeitgebern mit der Beschäftigung von Arbeitskräften entstehenden Aufwendungen. Dazu gehören die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer, die von den Arbeitgebern getragenen Sozialbeiträge und Kosten der beruflichen Aus- und Fortbildung.

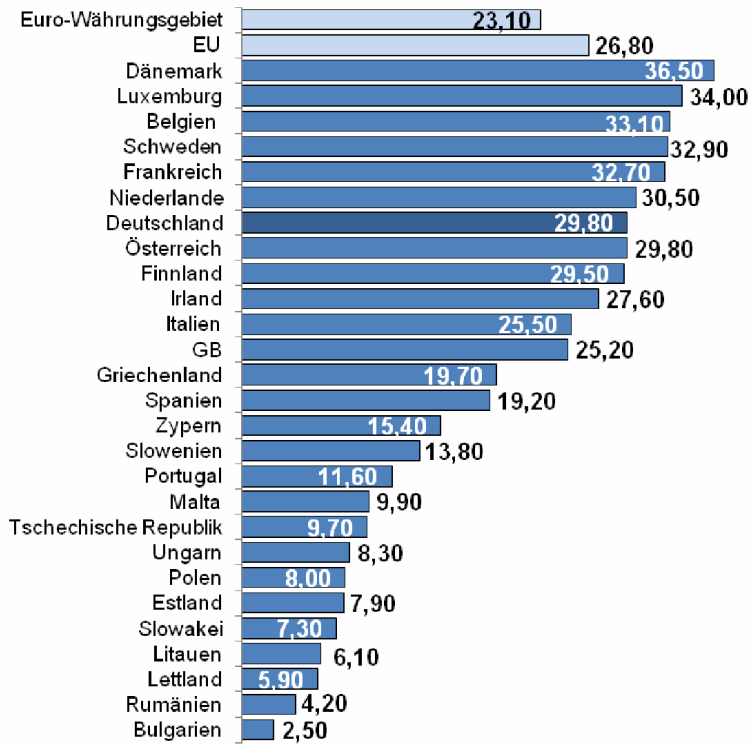


Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### Arbeitskosten je geleistete Stunde 2008 in Euro



Quelle: Destatis 2009: Verdienste und Arbeitskosten 2008

Die Höhe und die Steigerung von Löhnen in Deutschland entscheiden auch über die relative Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich. Zuletzt wurde gestritten, ob Deutschland durch niedrige Löhne seine Exportstärke auf Kosten anderer europäischer Länder steigere. Tatsache ist aber: Deutschland liegt bei den Arbeitskosten im oberen Drittel der EU-Länder und innerhalb des Euro-Raums weit über dem Durchschnitt. Arbeitgeber in Deutschland zahlten für eine Stunde Arbeit im Jahr 2008 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich insgesamt durchschnittlich 29,60 Euro, in der Privatwirtschaft waren es 29,80 Euro. Trotz dieser Position erzielt die Exportwirtschaft Jahr für Jahr hervorragende Ergebnisse. Entscheidend sind hierbei die hohe Produktivität, die Qualifikation der Arbeit und die diversifizierte Qualitätsproduktion in Deutschland. Auch die geringe Zahl von Streiktagen und der Arbeitsfriede, getragen vom deutschen Modell der Mitbestimmung, verbessern die internationale Wettbewerbsposition erheblich. Fazit: Deutschland ist im europäischen Vergleich Hochlohnland. Das deutsche Produktionsmodell hat viele ökonomische und soziale Facetten, die dennoch einen Vorsprung begründen. Unfairer Wettbewerb ist das nicht.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Tatsache ist auch: Betrachtet man das Wachstum der Arbeitskosten, zeigt sich die Entwicklung in Deutschland sehr moderat. In der jeweiligen Landeswährung gemessen hatte Deutschland (+2,5 %) hinter Malta (+1,8 %) im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr in der Privatwirtschaft das geringste Wachstum aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Damit setzte Deutschland auch im Jahr 2008 den Trend fort, seit 2001 stets zu den EU-Mitgliedstaaten mit den geringsten Wachstumsraten der Arbeitskosten zu zählen. Während die Arbeitskosten in Deutschland im Jahr 2000 noch 41 % über dem EU-Durchschnitt lagen, verringerte sich dieser Abstand im Jahr 2008 auf 29 %. Fazit: Die Lohnentwicklung in Deutschland muss vor dem Hintergrund der Ausgangssituation bewertet werden. Mit der EU-Osterweiterung haben sich die Ungleichgewichte im europäischen Binnenmarkt massiv erhöht. Eine Strategie der Beschäftigungssicherung in Deutschland, wo mit die höchsten Löhne gezahlt werden, muss das berücksichtigen. Allerdings hohlen andere Länder bei den Löhnen auf. In Deutschland darf die Lohnentwicklung in Zukunft nicht dauerhaft hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleiben. Dies führt zur dauerhaften Schwäche der Binnennachfrage.

## **2. Lohnnebenkosten in Europa – Deutschland unter dem Durchschnitt**

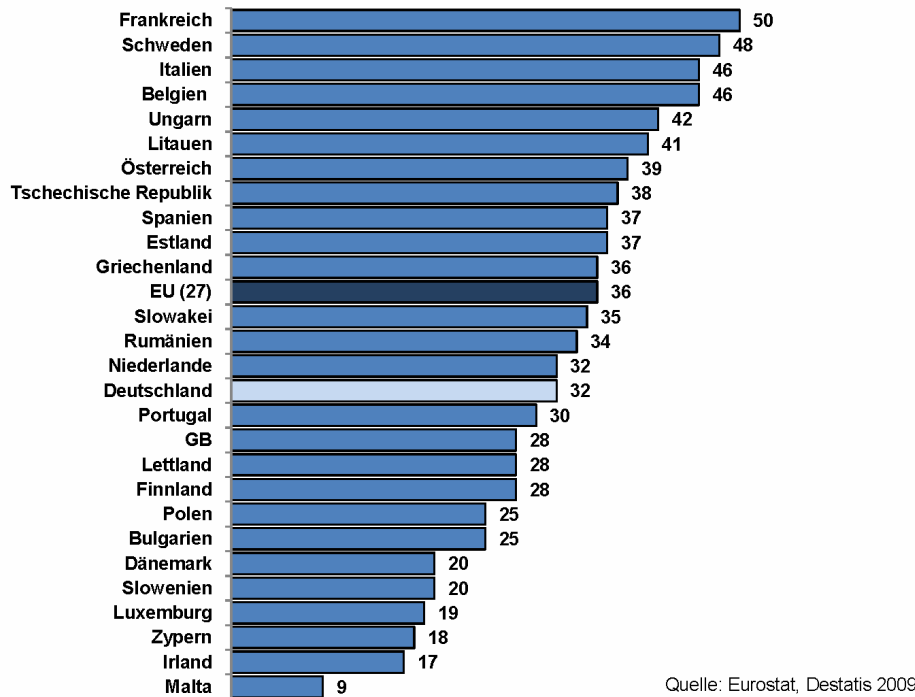
Bestandteil der Arbeitskosten sind die **Lohnnebenkosten**, hauptsächlich die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Um ihren Anteil an den gesamten Arbeitskosten unabhängig vom Lohnniveau eines Landes darzustellen, wird hier die Relation zwischen Lohnnebenkosten und Bruttoverdiensten betrachtet: Wie viel Euro legen die Arbeitgeber je 100 Euro Bruttoverdienst „oben drauf“?

Arbeitgeberverbände, FDP und Union kritisieren immer wieder die vergleichsweise hohen Lohnnebenkosten in Deutschland. Fakt ist: Deutschland liegt in Europa nicht über, sondern unter dem Durchschnitt.



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### Auf 100 Euro Bruttoverdienst zahlten Arbeitgeber in der Privatwirtschaft 2008 ... Euro Lohnnebenkosten



In Deutschland gelang es in den zurückliegenden zehn Jahren, die Sozialversicherungsbeiträge wieder unter 40 Prozent zu bringen, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt inzwischen unter der 20-Prozent-Marke. Die Höhe der Sozialabgaben in Deutschland ist heute für die besseren Einkommensgruppen möglicherweise ein subjektives Ärgernis, aber kein objektives arbeitsmarktpolitisches Problem. Durch die Beitragsbemessungsgrenzen sinkt bei sehr guten Einkommen sogar die relative Belastung der Arbeit. Ganz anders bei geringen und mittleren Einkommen: Hier ist die Sozialabgabenbelastung im Verhältnis zum Lohn im internationalen Vergleich sehr hoch. Oft verhindert sie das Entstehen sozialversicherungspflichtiger Arbeit und macht Ausweichstrategien in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Mini-Jobs) oder Schwarzarbeit so lohnend.